

Ist der Neoliberalismus hegemonial? : Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform

Autor(en): **Demirovic, Alex**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **32 (2013)**

Heft 62

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651984>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DISKUSSION

Alex Demirovic

Ist der Neoliberalismus hegemonial?

Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform

Der Begriff der Hegemonie hat eine erstaunlich erfolgreiche Karriere in der kritischen Gesellschaftstheorie erfahren. Er findet sich bereits in den Schriften Kautskys und Lenins. Gramsci hat diesen Begriff in seinen *Gefängnisheften* aufgegriffen, die erst viele Jahre später, 1975, in ihrer integralen Fassung veröffentlicht wurden. Seither ist es zu zahlreichen Bezugnahmen auf den Begriff der Hegemonie gekommen. In materialistischen Analysen der Entwicklung der kapitalistischen Regulationsweise, des Staates und insbesondere des Neoliberalismus ist in den letzten Jahren in linken Diskursen verbreitet von Hegemonie die Rede: von einer neoliberalen Hegemonie, die das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus bestimmt, der dann eine postneoliberale Gegen-Hegemonie entgegengestellt wird (vgl. Brand 2005). Angesichts des offenen Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise 2008 ist denn auch oft die Rede vom Ende der neoliberalen Hegemonie.

Ich vertrete demgegenüber hier die These, dass der Hegemonie-Begriff vielleicht gar nicht so geeignet ist, die Rolle des Neoliberalismus genauer zu begreifen. Wenn wir Gramscis Überlegung ernst nehmen, dann hat sein Hegemonie-Konzept selbst einen historischen Charakter. Nicht überall und zu jedem Zeitpunkt, zu dem geherrscht wird, besteht Hegemonie. Hegemonie ist eine besondere Form der Ausübung von Herrschaft. Sie verlangt eine Vielzahl von Intellektuellen, die vor allem in zivilgesellschaftlichen Apparaten aktiv sind. Das Mittel der Gewalt wird nur in einer geringen Masse genutzt. Demgegenüber spielen ökonomische und politische Zugeständnisse vonseiten der Produktionsmittelbesitzer gegenüber den beherrschten Klassen eine erhebliche Rolle; sie schaffen einen historischen Block zwischen unten und oben, der gewährleistet, dass grosse Teile der Herrschaftsunterworfenen den Staat – also Gewalt, politische Regierung und hegemoniale Lebensweise – aktiv tragen.

Die antihegemoniale Strategie des Neoliberalismus

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde oft und zu Recht als Periode des Fordismus beschrieben. Damit wird ein hegemonialer historischer Block bezeichnet, der ökonomisch auf Massenproduktion und Massenkonsum, politisch auf einer breit verankerten repräsentativen Demokratie, kulturell auf der Expansion der Bildung und der industriellen Kulturwarenproduktion basiert. Diese Phase bestand bis Ende der 1970er-Jahre. Wenn wir nun die praktische Strategie des Neoliberalismus betrachten, dann gibt es charakteristische Merkmale, die dazu Anlass geben, die Frage nach der Fortexistenz der Hegemonie zu stellen. Im Bereich der ökonomisch-korporativen Interessenaushandlung kommt es zu einer deutlichen Polarisierung. Die herrschende Gruppe ist nicht mehr um Zugeständnisse bemüht, ja schliesst diese sogar in vielen Hinsichten aus. Die Schere der Einkommen von Lohnarbeitern und Unternehmensleitern öffnete sich beispielsweise in den USA von 1:30 im Jahr 1970 auf etwa 1:500 im Jahr 2000 (vgl. Harvey 2007, 24ff.).

Doch der Prozess betrifft nicht nur die Verteilung der Einkommen und Vermögen, sondern auch die Organisation der Arbeit und die betrieblichen Kräftekonstellationen. Darauf weisen die Erfahrungen aus deutschen Unternehmen hin. Diese binden sich weniger an Tarife und Verhandlungen mit Gewerkschaften. Sie verfolgen eine Strategie des Outsourcing und veranlassen Mitarbeiter zur Gründung von eigenen Unternehmen; sie versuchen oftmals, mit Mitarbeitern Einzelverträge abzuschliessen und die Gewerkschaften aus den Betrieben herauszuhalten.

Die neoliberale Strategie der Kapitalakkumulation zielt gerade dahin, die Kapitaleigner aus den Kompromissen gegenüber den Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen herauszulösen. Es sind die bekannten Formeln: Die Staatsausgaben, die Staatsschulden, die Steuern und die Löhne seien zu hoch, die sozialen Sicherungssysteme zu kostenaufwendig, zu umfassend; die Bürger seien zu passiv, sie seien zu wenig leistungsbereit. Das Kapital setzt erweiterte Bewegungsspielräume durch: für die unbegrenzte Verlagerung der Produktion, die beschleunigte Inwertsetzung von Unternehmen nach Gesichtspunkten des Shareholder-Value, das heisst der maximalen Verzinsung des Geldkapitals an den Finanzmärkten, und die schnelle Umwandlung der Unternehmen in Geldkapital. Das Kapital verfolgt insgesamt eine Politik, die den Geldwert zulasten anderer Faktoren wie Arbeitsplätze oder ökologische Nachhaltigkeit stabilisiert.

Das besagt, dass die neoliberale Strategie keineswegs allein aus der Distanz zum Markt über den Markt redet und ihn mit ideologischen Argumenten legitimiert. Vielmehr handelt es sich um eine praktische Ideologie, die darauf zielt, mit dem Markt zu regieren (Foucault 2004). Sie eignet sich den Markt an. Denn der Markt allein könnte die komplexen Prozesse der

kapitalistischen Ökonomie nicht steuern. Es bedarf einer Vielzahl von Akteuren mit ihren Diskursen und ihrem Wissen, die den Markt ständig organisieren und seine Prozesse koordinieren. Entscheidend ist die neoliberale Strategie, alle von den kapitalistischen Akteuren für nicht notwendig gehaltenen Institutionen, Massnahmen und Kräfte zurückzudrängen und sich nicht mehr zu binden. Die bürgerliche Klasse konzentriert sich, in Gramscis Begriffen, auf ihr ökonomisch-korporatives Moment. Sie verfolgt gegenwärtig nicht das Ziel der Hegemonie, vielmehr löst sie sich aus der Logik der Zugeständnisse und des Klassenkompromisses heraus. Sie zielt nicht darauf, eine allgemeine und einheitliche Lebensweise zu entwickeln, in der auch die Interessen der unteren Klassen mit aufgehoben sind. Vielmehr geht es darum, die Profitrate zu erhöhen, Kapital mobil halten zu können, den Staat in ihrem Sinne zu stärken und gegenüber den Forderungen sowie Beteiligungen der Subalternen autonomer zu machen.

In der deutschen Diskussion gibt es vor allem zwei Positionen hinsichtlich der Hegemonie, auf die ich kurz eingehen will. Die eine Position wird von Mario Candeias (2011) vertreten. Er ist der Ansicht, dass die bürgerliche Klasse durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 derart geschwächt ist, dass die bürgerliche Herrschaft in die Phase des «Interregnums» getreten sei. Damit charakterisiert Gramsci eine Krisensituation, derzufolge «das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen» (Gramsci 1991ff., 354). Die Phase nach Ausbruch der Krise ist eine des Übergangs, die durch offene Möglichkeiten bestimmt ist. In dieser Phase herrscht, so folgert Candeias, die bürgerliche Klasse nicht mehr durch Konsens, sondern nur noch durch Zwang. Das Projekt des Neoliberalismus sei erschöpft, die Bourgeoisie könne nicht mehr hegemonial sein.

Dieser Position gegenüber vertrete ich die Ansicht, dass der Verzicht auf die Herrschaft durch Hegemonie nicht Ergebnis einer Schwäche des Bürgertums ist, die aus der jüngsten Krise resultiert, sondern das Ergebnis einer veränderten Strategie angesichts der Krise der Kapitalakkumulation seit den 1970er-Jahren darstellt. Die bürgerliche Klasse hat durch eine neoliberale Reorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht, dass sie weniger Zugeständnisse machen muss – und dies ist möglich, weil durch einen weltweiten Schub der Unterwerfung von Menschen unter die Lohnarbeit und die Verlagerung der Produktion aus den Zentren in frühere Peripherien, in sogenannte sozialistische Staaten in Osteuropa und vor allem in China die Mitglieder des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters untereinander in eine globale Konkurrenz gesetzt werden.

Die aktuelle multiple Krise schwächt das Bürgertum und verschärft interne Konflikte, aber es handelt sich bislang nicht um eine organische Krise, die zu einem Moment der Entscheidung führt (vgl. Demirovic u. a. 2011).

Vielmehr zielt das Krisenmanagement insgesamt eher darauf, die neoliberale Strategie noch entschiedener zu verfolgen und umzusetzen. Auch in der Krise gab und gibt es selektive und zeitlich befristete Zugeständnisse für einzelne Gruppen der Lohnabhängigen. Insgesamt wird Europa jedoch eine Politik der Austerität aufgezwungen, und es werden Ausgrenzung sowie Demagogie gegenüber der Linken praktiziert, obwohl diese die einzige gesellschaftliche Kraft ist, die angemessene Vorschläge zur Überwindung der Krise macht. Stichworte dazu sind: Schuldenaudit, Finanztransaktionssteuer, Zwangsanleihen und Vermögenssteuern, Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen der Bildung, des Transports, der Energieversorgung, Investitionen in eine nachhaltige Ökonomie, solidarische Einfachsteuer, universelle BürgerInnenversicherung.

Die andere Position ist die von Klaus Dörre, der der Ansicht ist, dass ein neuer Hegemonietyp entsteht, den er als «marktzentrierten Kontrollmodus» bezeichnet. In diesem Fall nutzt das Management die diffuse Macht des Marktes zur Disziplinierung von Belegschaften und Interessenvertretungen (Dörre 2009, 62). Hegemoniefähig kann diese Strategie Dörre zufolge dadurch werden, dass der marktorthodoxe neue, neoliberale Geist des Kapitalismus die Marktsteuerung als Projekt präsentiert, das von hierarchischer Steuerung und bürokratischer Verkrustung befreit. Der Marktorthodoxie sei es gelungen, so schliesst er an die Untersuchungen von Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003) an, die Kritiken an der taylorisierten Arbeit, also an Zerlegung, Standardisierung, Monotonie oder autoritativer Kontrolle, aufzunehmen und in neoliberal umgedeutete Konzepte von Autonomie, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu übersetzen, die sich innerhalb des Kapitalismus selbst verwirklichen liessen. Hegemonie geht in diesem Sinn nicht mehr direkt aus der Fabrik und der Organisation des Produktionsapparates hervor. Vielmehr ist sie das Versprechen der Emanzipation durch den Markt, frei von Risiken und Anstrengungen, die entstünden, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst verändert werden müssten. Der Markt wirke als konsensfähige Ideologie bei ökonomischen und politischen Eliten, bei relevanten Teilen der Mittelklasse, bei Facharbeitern und qualifizierten Angestellten.

Empirisch wäre das genauer zu überprüfen, denn Umfragen legen nahe, dass Markt und Kapitalismus bei vielen auf Vorbehalte stossen. Die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung hält den Kapitalismus für nicht mehr zeitgemäss, 77 Prozent bezeichnen ihn als ausbeuterisch, nur 27 Prozent assoziieren ihn mit Freiheit (vgl. FAZ, 23.2.2012). Dörres Aufzählung der sozialen Gruppen weist auch deutlich darauf hin, dass «Markt» oder «Wettbewerbsfähigkeit» keine Ideologeme sind, die die Hauptgruppen der Gesellschaft kompromisshaft miteinander zu einem historischen Block verbinden; sie gewinnen nur selektiv einzelne Gruppen des Kleinbürger-

tums und der Facharbeiterschaft für eine zumeist vorübergehende Unterstützung bei Themen wie Pendlerpauschale, Riester-Rente, private Krankenversicherung, Elternteilzeit, Kurzarbeitsgeld, Abwrackprämie oder niedrige Besteuerung von Hotels und Restaurants. Auch die Hinweise, die sich aus den Studien von Michael Vester (2001) zu sozialen Milieus in Deutschland und aus allgemeinen Befragungen ergeben, lassen erkennen, dass die liberal gedeuteten Ideologeme Autonomie und Freiheit nur in kleinen und sozial privilegierten Teilen der Bevölkerung verbreitet sind.

Es lässt sich aber auch theoretisch bezweifeln, dass Autonomie oder Leistung die Grundlage eines neuen Konsenses sein können, der die antagonistischen Klassen in einem Kompromiss verbindet und klassenübergreifende Geltung beansprucht. Diese Begriffe sind zwar durchaus mit «Gerechtigkeit» assoziiert, doch kann François Dubet (2008) zeigen, dass Lohnabhängige sie in einem deutlich wahrgenommenen inneren Gegensatz zum Begriff der Gleichheit verstehen, was einer gemeinsamen Perspektive eher entgegensteht. Autonomie, Freiheit oder Leistung tragen offensichtlich zu einer Haltung des Selbstunternehmers bei, der seine eigene Leistungsfähigkeit ständig evaluiert und sich entsprechend den jeweils neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes selbst optimiert (vgl. Bröckling 2007).

Neoliberale Dominanz statt Hegemonie

Gerechtigkeit – einer jener Begriffe, unter denen im Fordismus klassenübergreifender Konsens temporär hergestellt wurde – wird unter neoliberalen Verhältnissen versicherungsmathematisch definiert, was bedeutet, dass Individuen dazu gedrängt werden, sich statistisch vermittelt als Angehörige einer sehr kleinen und «guten» Risikogruppe zu begreifen, die sich wechselseitig in ihrem Lebensstil kontrollieren und von anderen Gruppen mit schlechten Risiken und geringen Erfolgchancen abgrenzen (vgl. Schmidt-Semisch 2000). Anders gesagt, wenn es einen Konsens und eine gemeinsame Denk- und Lebensweise gibt, dann besteht dieser eher in einer wettbewerbsorientierten Ausrichtung mit sozialdarwinistischen und wohlstandschauvinistischen Zügen. Das verbindet die sozialen Gruppen nicht miteinander in einem umfassenden Projekt; vielmehr werden alle durch die Finanzmarktindustrie oder durch Gewinnspiele im Fernsehen dazu angeregt, für sich einen Rentierstatus zu erlangen, also hohe Gewinne auf Kosten anderer zu erzielen.

Die neoliberale Strategie zielt – nach einem Ausdruck Gramscis – auf eine «passive Revolution», also radikale Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die gleichzeitig die Kontrolle des Prozesses gewährleisten und die Konzentration von gesellschaftlichem Reichtum und Macht auf wenige begünstigen. Entsprechend stellen auch die Bündnisse eine Strategie von oben dar; es gibt kaum gesellschaftlichen Streit um den Be-

deutungsgehalt von Begriffen wie Freiheit, Autonomie oder Selbstverantwortung. Neoliberale Ideologie kennt keine oder nur geringe und schnell wechselnde Zugeständnisse von oben an Teile des Kleinbürgertums (Teilhabe an spekulativen Börsengewinnen und hohen Zinsen; gleichzeitig werden Familien und Individuen durch private Kranken- und Rentenvorsorge, durch Schulgeld oder Studiengebühren enorm belastet). Die Individuen werden auf neue Weise verwaltet und regiert: Es wird von ihnen erwartet, dass sie sich selbst regieren und in einer Weise führen, die der Rationalität der Wettbewerbsfähigkeit, der Kontingenz und des Risikos entspricht.

Es geht nicht mehr um vorgezeichnete Pfade einer Aufstiegsmobilität mit institutionalisierten Versprechungen hinsichtlich Karrierestufen, Einkommen, sozialer Absicherung, sondern um die Bewährung gegenüber der Kontingenz und dem Risiko. Aufstieg für möglicherweise viele Individuen auf überschaubaren Pfaden wird ersetzt durch intransparente Verteilungen, Glückschancen und zufällige Erfolge für wenige, die als Gewinner dann «alles bekommen». Der Konsens bewegt sich – nach einem Ausdruck Gramscis – auf dem Niveau des korporativen Interesses. Das kann dann durchaus für viele Individuen und soziale Gruppen gelten. Aber ich schlage vor zu unterscheiden zwischen dem, was allgemein gilt, weil alle individuell oder gruppenspezifisch nach einem konformistischen Muster leben – also eine *volonté de tous* –, und der Herstellung einer Allgemeinheit – einer *volonté générale* –, in der sich alle an einer konsentierten Allgemeinheit orientieren und diese direkt tragen: eine gemeinsame und in vielen Hinsichten klassenübergreifende Lebensweise, den Staat, Parteien und Demokratie, eine solidarische Sozialversicherung.

Die neoliberale Strategie kann jedoch nur so lange funktionieren und positiv erfahren werden, wie die fordistischen und stark disziplinierenden Kompromissstrukturen der früheren Phase noch relativ intakt sind. Es lassen sich Momente von Freiheit bei der Entgrenzung von Arbeitszeiten und beim Verzicht auf die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, von Selbstverantwortung bei der Auswahl einer privaten Krankenversicherung oder von Autonomie beim Spiel an der Börse erfahren – solange Eltern finanziellen Rückhalt bieten, Familien über Ersparnisse verfügen und sie vererben können, Kindergärten, Schulen und Hochschulen vorhanden sind, Bildungstitel zu gut bezahlten Berufspositionen führen und Einkommen nicht durch private Kinderbetreuung oder Daseinsvorsorge absorbiert werden. Wenn diese sozialen Mechanismen allmählich wegbrechen, muss zwangsläufig auch der Eindruck verloren gehen, man könne gewinnen. In einer breit angelegten Betriebsstudie zeigt Dörre bereits für die späten 1990er-Jahre, dass in den Betrieben keine Kompromissgrundlagen mehr geschaffen werden, die auf die Gesellschaft verallgemeinert werden. Die Hegemonie gehe nicht

von der Fabrik aus, sondern ein hegemoniales Regime der Marktsteuerung werde den Betrieben aufgezwungen (Dörre 2002, 382).

Aufgrund solcher Beobachtungen plädiere ich dafür, diese Form der Herrschaftsausübung nicht als Hegemonie zu bezeichnen, sondern von einer neoliberalen Dominanz zu sprechen. Dies bedeutet nicht, dass der Verzicht auf eine Einbindung der Lohnarbeitenden in einen Klassenkompromiss die Kräftekonstellation für sie günstiger macht; vielmehr bedeutet Dominanz eine Schwächung der Subalternen, weil es ihnen nicht gelingt, die Herrschenden an einen Kompromiss zu binden. Es bedeutet auch nicht, dass jedes hegemoniale Moment verloren geht, sondern nur, dass es stark relativiert wird. Den bestimmenden Typus von Herrschaft bezeichne ich als Herrschaft durch Kontingenz (vgl. Demirovic 2001).

Herrschaft beruht nicht auf einer aktiven Zustimmung durch die subalternen Klassen, auch nicht auf deren Passivierung. Nach der Schwächung von Hegemonie und Konsens bringt sich auch keineswegs das Moment der Gewalt stärker zur Geltung. Vielmehr kommt es zu einer spezifischen Aktivierung, die von den Individuen und Familien fordert, sich auf das «Lebensschicksal» angemessen und eigenverantwortlich vorzubereiten. Damit werden bevölkerungspolitische Aspekte wie Krankheit, Alter, Tod, Lernfähigkeit, Sozialverhalten oder Arbeitslosigkeit in den Vordergrund geschoben. Die Individuen und Gruppen müssen sich unter dem Blickwinkel überprüfen, wieweit sie einem bestimmten Portfolio von Fähigkeiten und Lebenschancen entsprechen oder ob sich zu viel Riskantes bei oder unter ihnen finden lässt.

Es wird eine spezifische Komplexität geschaffen, ein Wahrscheinlichkeitskalkül im Verhältnis zu sich selbst: Handle ich auf die eine Weise, tritt das Ereignis ein, das mein ganzes Leben positiv beeinflussen könnte; handle ich anders, könnte ich gerade diese Chance verpassen – allerdings könnte es auch umgekehrt der Fall sein. Das Leben scheint sich aus Zufallsereignissen zusammensetzen, die die individuelle Sicherheit, die Alltagsgewohnheiten und den Erwartungshorizont infrage stellen; die Chancen und Risiken bereithalten, auf die wir uns – frei, autonom, verantwortlich – jeweils vorbereiten sollen. Die modernste Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung erscheint einmal mehr wie undurchschaute und unbeherrschte Natur, die den Menschen mit ihren «zufälligen» Ereignissen Angst macht. Während der fordistische Klassenkompromiss und der Wohlfahrtsstaat stabile Gewohnheiten schufen, die solche Unberechenbarkeit eindämmten oder solidarischen Schutz gegenüber ihren Folgen boten, verlangt der Neoliberalismus, dass die Menschen diese Unberechenbarkeit der Gesellschaft als metaphysische Unvermeidlichkeit heroisch akzeptieren und sich darauf präventiv einrichten. Sicherheit und Freiheit werden auf neue Weise artikuliert.

Kontingenz, Risiko und Sicherheit

Bürgerliche Herrschaft ist in den 1980er-Jahren mit dem Erfolg der neoliberalen Strategie in eine neue historische Phase getreten. Gramsci zufolge besteht bürgerliche Herrschaft nicht nur aus dem Moment des Zwangs, sondern auch des Konsenses. Diese beiden Elemente können kombiniert werden. So beobachtete Gramsci für die italienische Situation in den 1920er-Jahren, dass die Zivilgesellschaft, also das Moment des Konsenses und der Hegemonie, gering entwickelt war und die Herrschaft der Bourgeoisie vor allem von der politischen Gesellschaft durch Zwang organisiert wurde. Damit ist aber nicht nur die unmittelbare Gewaltanwendung gemeint, sondern die Gewalt kann selbst zu einer Form des Konsenses werden und von Teilen einer rudimentären Zivilgesellschaft getragen werden, also zum Beispiel von privaten Initiativen faschistischer Gewaltanwendung oder faschistischer Propaganda, die von einzelnen Kräften des Bürgertums unterstützt werden. In der Periode des Fordismus wurden dann die Überbauten enorm ausgedehnt: Schulen, Hochschulen, Sport, Stadt- und Regionalentwicklung, Mode, Film, Musik oder Fernsehen, illustrierte Zeitschriften, ein bestimmter Typus des grossen öffentlichen Intellektuellen, der das Mandat bekommt, verantwortlich für die ganze Gesellschaft zu sprechen: Max Frisch, Sartre, Rawls, Habermas. Der Staat übernahm die Initiative; öffentliche Dienstleistungen und das dadurch bedingte Wachstum des Staatsapparats waren wichtige Elemente des Klassenkompromisses.

Entsprechend lässt sich für die neoliberale Phase seit den 1980er-Jahren feststellen, dass die Herrschaftsstrategie darin besteht, Marktmechanismen zu einem wesentlichen Moment der praktischen Ideologie der Gesellschaft zu machen. Zahl und Umfang der Überbauten werden drastisch abgebaut. Es werden Benchmarks entwickelt, die jederzeit zu überprüfen erlauben, ob Apparate kostengünstig, effizient, effektiv, wettbewerbsfähig sind; sie werden auf Projekt- oder Drittmittelfinanzierung oder Sponsoring umgestellt. Sie werden privatisiert und nehmen einen vermarktlichten Charakter an, verwerten also direkt Kapital. Oder sie wechseln von der politischen in die Zivilgesellschaft und nehmen einen «privaten» Charakter an, indem intellektuelle Funktionen an Think Tanks, NGOs oder Politikberatungseinrichtungen übergehen. In die Überbauten finden auf diese Weise Momente der Kontingenz, der Unsicherheit Eingang. Das schliesst ein, dass der Zuschnitt einzelner Apparate, ihrer Abteilungen, des Personals, der Themen und Aufgaben ständig zur Disposition steht.

Innerhalb der marxistischen Diskussion sind für diese Entwicklung bislang noch kaum angemessene Begrifflichkeiten ausgearbeitet worden. Zwang und Konsens allein reichen als Begriffe nicht. Des Problems kann man sich auch nicht dadurch entledigen, dass man es ignoriert und Herr-

schaft allein als Ergebnis der Logik des sich selbst verwertenden Werts und des automatischen Kapitalsubjekts begreift, also einfach auf Marx' Begriff des «stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse» zurückgreift. Diese systemtheoretische Sicht verkennt die konkreten Konjunkturen kapitalistischer Gesellschaftsformation.

Um den Raum für weitere Analysen zu öffnen, schlage ich vor, den Hegemonie-Begriff stärker im historischen Kontext zu verorten. Dies bedeutet nicht, ihn fallenzulassen, ebenso wenig wie Gramsci den Begriff des Zwangs aufgegeben hat, als er sich in den 1920er-Jahren neuen Formen der Herrschaft gegenüber sah. Es geht also darum, mit Gramsci über Gramsci und seine Analysen hinauszugehen und weitere Formen der Herrschaftspraxis in den Blick zu nehmen und an Begriffen der Herrschaft weiterzuarbeiten. Um Charakteristika der Hegemonie herauszuarbeiten, ist Gramsci den Umweg über Machiavelli gegangen; er bezog sich auf dessen These, dass der Fürst immer Löwe und Fuchs sein muss, also mit den Mitteln der Gewalt und der List regieren muss. Das besagt, dass Konsens ein wesentliches Element bürgerlicher Herrschaft ist.

Michel Foucault ist einer Überlegung von Friedrich Engels nachgegangen, derzufolge der bürgerliche Staat die Logik der Verwaltung von Menschen verkörpert. Dieses Element der Verwaltung von Menschen zeichnet Foucault in seinen genealogischen Studien zur Herausbildung von Sicherheit und Gouvernementalität im 18. Jahrhundert mit Blick auf Machttechnologien der Gegenwart nach (vgl. Foucault 2004). Disziplin ist eine Form der Machtausübung, die die Individuen durch Beobachtung, Überwachung, Lenkung und Einübung infinitesimal an vorgegebene Normen anpasst: an die der Zeit, der diätetischen Vorschriften, der körperlichen Haltung. Diese Art der Machtausübung hat die kritische Gesellschaftstheorie angesichts der Erfahrungen mit den rigiden Lebensformen des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses in den 1970er-Jahren stark beschäftigt. Die Disziplintechnologie ist nicht völlig verschwunden, hat jedoch an relativer Bedeutung verloren. Denn Disziplin kann nur dadurch wirken, dass sie Gehorsamsbereitschaft sowie Konformismus erzeugt und im Falle abweichenden Verhaltens, von Versagen oder Scheitern die Individuen bestraft.

Demgegenüber zeichnen sich die Machtpraktiken, die Foucault als Sicherheit oder Gouvernementalität bezeichnet hat, dadurch aus, dass sie mit der Autonomie und Freiheit der Individuen rechnen, also mit der Ereignishaftigkeit der Gesellschaft, mit regelmässigen Vorkommnissen, die von den gesetzlichen und von disziplinären Normen abweichen. Die Herrschaftsform der Sicherheit geht von der Kontingenz gesellschaftlicher Vorgänge aus. Sie erfasst ihre Häufigkeit, ihre Verbreitung, ihre Intensität und berechnet die Wahrscheinlichkeit ihres Vorkommens. Sie kann statistische Regelmässigkeiten feststellen und beschreiben. Dies erlaubt die Ex-

post-Bildung von Normalitätsklassen, die Analyse von statistischen Streuungen, die Isolierung von Abweichungen und die Identifikation von Risikogruppen. Der Konsens der Subalternen ist aus dem Blickwinkel dieser polizeilich-gouvernementalen Technologie der Verwaltung von Menschen nicht erforderlich, denn sie zielt auf grosse Aggregate, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit oder einzelne Gruppen und ihre statistischen Regelmässigkeiten. Nur dann, wenn bestimmte Vorkommnisse und statistische Ausschläge sich häufen und eine Denormalisierung anzeigen – also eine zu grosse Zahl von Erkrankungen, rechtsradikalen Aktivitäten, Immigranten aus bestimmten Ländern –, stellt sich das Problem von regulierenden Eingriffen sowohl auf der Ebene der Bevölkerungspolitik als auch auf der Ebene der individuellen Freiheiten.

Herrschaft besteht demnach darin, zu starke und bestandsgefährdende Ausschläge zu vermeiden, jedoch wird immer mit der Freiheit von Einzelnen oder sozialer Gruppen und mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen oder natürlichen Ereignissen (Terroranschläge, Epidemien, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Erdbeben) gerechnet. Die sicherheitstechnische Verwaltung von Menschen und Gesellschaft zielt auf die Vorbereitung von solchen Situationen, die deswegen riskant sind, weil Individuen sie herbeiführen oder sich zunutze machen können, um die gesellschaftliche Ordnung zu bedrohen. So werden neue Sicherheitsdispositive geschaffen, die nicht auf Zwang beruhen, sondern darauf, mit wissenschaftlicher Expertise, Risikoanalysen, Szenarien, systematischer Gesellschaftsbeobachtung und Datenerfassung sich auf vielfache medizinische, politische oder umweltbedingte Katastrophen, Krisen und wechselnde Ernstfälle vorzubereiten, sie durch Prävention zu verhindern und eingetretene Schäden schnell zu bewältigen, um so weit als möglich Normalität aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Dabei kommt es offensichtlich seit einigen Jahren zu einer weitreichenden Veränderung. Prävention zielt darauf, auf ein zukünftiges Ereignis vorbereitet zu sein, es zu isolieren, Folgen zu antizipieren und einzudämmen sowie Schäden schnell zu bewältigen. Der gesellschaftliche Prozess, der aus der Gegenwart fortgeschrieben wird, soll durch gute Vorbereitung so wenig wie möglich gestört werden. Die kausale Beziehung zwischen jenem Ereignis in der Zukunft und der Gegenwart scheint gering zu sein. Dies ändert sich mit der Einführung neoliberaler Sicherheitsdispositive. Diese bilden nun Temporaltechnologien aus, mit denen die Gegenwart unter dem Blickwinkel der Zukunft reorganisiert wird. Damit solche Ereignisse, von denen wir noch gar nicht wissen können, ob sie vielleicht eintreten, wenn möglich gar nicht erst eintreten, werden die gesellschaftlichen Bedingungen heute derart verändert, dass die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens auf Dauer minimiert wird.

Anders als im klassischen Sicherheitsdispositiv wird zudem antizipiert, dass auch die Vermeidung einer bestimmten Zukunft andere riskante Zukünfte erzeugen kann – und deswegen muss die Gegenwart aus der Perspektive solcher wahrscheinlichen, unserem heutigen Wissen sich jedoch entziehenden Zukünfte verwaltet und bewirtschaftet werden. Die Prävention muss mit dem Schlimmsten rechnen und deswegen das Schlimmste ausmalen und die Gesellschaft derart umstrukturieren, dass der möglichen Gefahr vorgegriffen wird. Individuelle Freiheit wird nun unter den «Vorbehalt einer Freiheit des Staates gestellt, der als Garant der Sicherheit handlungsfähig bleiben muss» (Krasmann 2010, 61). Mit der Prävention einher geht die Entwicklung von Formen der Governance und Metagovernance, die es Kapitaleignern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteuren in den Staatsapparaten erlauben, sehr schnell und flexibel in informellen Gremien Diskussionen zu führen, Lösungen zu suchen, Entscheidungen vorzubereiten oder zu treffen und situativ Interessen so weit zu berücksichtigen, dass Zeit gewonnen werden kann (vgl. Demirovic 2011).

Der Konsens führt in diesem Fall nicht zu kompromisshafter Verallgemeinerung, die auch die Herrschenden bindet, der Konsens wird vielmehr zu einer von den Herrschenden eingesetzten Taktik, um Krisendynamiken räumlich zu verlagern und zeitlich aufzuschieben. Doch geschieht dies in einem neuen Reproduktionsmodus, in dem Verzeitlichung und Verräumlichung gezielt genutzt werden. Diese neuartige Form, Zukunft und Gegenwart in eine Beziehung zu setzen, dient dem Zweck, die Subalternen der lebensgeschichtlichen Erfahrung zu berauben, sie einer neuen Form von Wissenstechnologie der Zeit zu unterwerfen und ihnen die Handlungsperspektiven zu nehmen, indem ihnen zu viele riskante Zukünfte und damit Unsicherheiten zugemutet werden.

Die Verwaltung von Menschen mittels Kontingenz ist ein Regieren mit dem Mittel der Angst vor der Zukunft: eine Enteignung des Gedankens der Emanzipation und Aufklärung im Namen einer undurchsichtigen, naturhaften, gefährlichen Zukunft. Aus dem Blickwinkel einer emanzipatorischen Praxis wird es zunächst darum gehen, Kontingenzbewältigung zu demokratisieren: Wenn alle betroffen sind von den unvorhersehbaren Ereignissen, dann müssen alle *erstens* an der Diskussion und Definition von Zukunft, Kontingenz, Gefahr, Risiko und Sicherheit und *zweitens* vor allem bei der Bewältigung solcher Kontingenzen und bei der Reduktion von Komplexität beteiligt sein. Dieser demokratiethoretische Gesichtspunkt wird in der aktuellen Finanzkrise negiert, stattdessen wird unterstellt, nur die institutionellen Anleger, die erheblich zur Krise beigetragen haben, könnten die Krise lösen und müssten deswegen in ihrer Funktion bleiben und mit den riskanten Geschäften fortfahren. Dies schliesst *drittens* ein,

dass das Wissensniveau aller Beteiligten erheblich angehoben wird, damit alle an der Antizipation der Zukunft mitwirken können und wissen, in welcher Weise Zukünfte in der Gegenwart erzeugt werden, damit sie nicht gleichsam von selbst und hinter dem Rücken der Akteure eintreten.

Ein *vierter* und vielleicht der entscheidende Gesichtspunkt ist, dass auf der Ebene der Gesellschaftsstruktur darüber entschieden wird, in welcher Weise Komplexität überhaupt erzeugt wird. Solche Fragen sind demokratischen Prozessen bislang überhaupt nicht zugänglich, vielmehr wird Komplexität weitgehend dadurch produziert, dass sich die kapitalistische Gesellschaftsformation einer Analyse verschliesst und mächtige Akteure darauf beharren, dass dies auch zukünftig so bleibt. Aus diesen Überlegungen wird deutlich, dass es weniger um Gegen-Hegemonie geht als vielmehr um die Herstellung eines hegemonialen historischen Blocks, der auf eine neue Zivilisation zielt: auf einen historisch neuen Entwicklungspfad mit einer neuen Zeitlichkeit und neuen Zukunftshorizonten, auf einen kollektiven und solidarischen Umgang der Menschen mit den zu erwartenden Kontingenzen. Im Ansatz lässt sich dieser Entwicklungspfad als sozial-ökologisch-demokratisch bezeichnen.

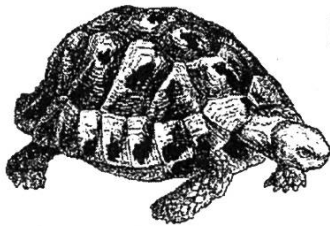
Literatur

- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz
- Brand, Ulrich, 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg
- Bröckling, Ulrich, 2007: Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a. M.
- Candeias, Mario, 2011: Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Alex Demirovic/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg
- Demirovic, Alex, 2001: Herrschaft durch Kontingenz. In: Hans-Jürgen Bieling/Klaus Dörre/Jochen Steinhilber/Hans-Jürgen Urban (Hg.): Flexibler Kapitalismus. Hamburg
- Demirovic, Alex, 2011: Governance – eine neue Stufe staatlicher Herrschaft. In: Alex Demirovic/Heike Walk (Hrsg): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster
- Demirovic, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.), 2011: VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg
- Dörre, Klaus, 2002: Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Wiesbaden
- Dörre, Klaus, 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M.
- Dubet, François, 2008: Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz. Hamburg
- Foucault, Michel, 2004: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt a. M.
- Gramsci, Antonio, 1991 ff.: Gefängnishefte. 10 Bände, Berlin
- Harvey, David, 2007: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich

- Krasmann, Susanne, 2010: Der Präventionsstaat im Einvernehmen. Wie Sichtbarkeitsregime stillschweigende Akzeptanz produzieren. In: Leon Hempel/Susanne Krasmann/ Ulrich Bröckling (Hg.): Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert. Leviathan, Sonderheft 25, Wiesbaden
- Schmidt-Semisch, Henning, 2000: Selber schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit. In: Ulrich Bröckling/Thomas Lemke/Susanne Krasmann (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar, 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a. M.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 10-11/12 u.a.:

- Gisela Notz: »Her mit der Hälfte«, Konjunktoren und Grenzen der Gleichstellungspolitik
- Astrid Willer/Johanna Boettcher: »Wer nützt, kann bleiben«, Arbeitsverbot für Flüchtlinge und Anwerbung ausländischer Fachkräfte
- Christian Frings: »Ford-Genk – das nächste Industriedenkmal oder Auftakt der Kämpfe in der Krise?«
- Marc Kappler/Fabian Rehm: »Fortschrittsmaschine Privatisierung?«, zu M. Wendls wenig innovativer Verteidigung der Rhön AG
- Health professionals melden sich zu Wort »Europäisches Manifest gegen Kommerzialisierung des Gesundheitswesens«
- Theodoros Paraskevopoulos: »Merkelistes und Menetekel«, zur aktuellen Situation in Griechenland

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)